

# Verband Sonderpädagogik e.V. Landesverband Baden-Württemberg



Verband Sonderpädagogik e.V. Landesverband Baden-Württemberg  
Winfried Monz, Schwanenweg 28, D-69123 Heidelberg

An den Bundesvorstand des vds  
An den Bundesausschuss

An die PressereferentInnen der Bundesländer

## Pressereferat

Winfried Monz  
Schwanenweg 28  
69123 Heidelberg, den 20.4.2016  
Mobil: 0177-5891157  
Dienstlich: 06221-737322  
Mail: [winfried.monz@gmx.de](mailto:winfried.monz@gmx.de)  
[www.vds-baden-wuerttemberg.de](http://www.vds-baden-wuerttemberg.de)

Liebe KollegInnen,

mit Besorgnis haben wir, der Landesvorstand Baden-Württemberg und weitere Mitglieder unseres Landesverbandes die Meldungen im Artikel der TAZ von vergangenen Samstag gelesen, nach denen der stellvertretende Bundesreferent Hören unseres Fachverbandes Mitglied in einem Landesvorstand der AfD sein soll. Sollte dies zutreffen, bekleidet der Kollege damit Funktionen sowohl in unserem Fachverband wie in dieser Partei.

Wir halten dies für höchst problematisch, weil die ausgrenzenden Positionen und Strategien dieser Partei in keiner Weise mit dem Selbstverständnis unseres Fachverbandes zusammen gehen, der Vielfalt als Bereicherung versteht und Menschenrecht und Menschenwürde im Sinne von Artikel 3 unseres Grundgesetzes für uneingeschränkt und unteilbar gültig erachtet. Inklusion braucht Professionalität, nicht Ideologie.

Besonders brisant wird die Meldung der TAZ auf dem Hintergrund von Vorwürfen einer mangelnden Aufarbeitung der Verbandsgeschichte und einer unzureichenden Abgrenzung gegenüber Positionen einzelner Verbandsmitglieder während der NS-Zeit.

Wir tragen unsere Sorge in einer Zeit vor, in der gerade unser Landesverband mit einer ausführlichen Publikation in den „Pädagogischen Impulsen“ seine Offenheit für einen kritischen Blick in die Vergangenheit bewiesen hat. Wir wissen darüber hinaus, dass verschiedene Landesverbände beispielsweise Ehrenmitgliedschaften aberkannt haben, wenn Verstrickungen in NS-Ideologie bekannt wurden.

Wir bitten die Adressaten dieses Briefes um eine Beschäftigung mit diesen Fragen, um Aufklärung über die bisherigen, im Artikel der TAZ angesprochenen Vorgänge und um Mitteilung, ob und wie der betroffene Kollege sich geäußert hat. Darüber hinaus bitten wir darum, einen Diskussionsprozess und öffentlichkeitswirksame Maßnahmen anzugehen, mit denen die Vorwürfe eines mangelnden Geschichtsbewusstseins entkräftet werden. Dazu ist es ebenso notwendig wie hilfreich, bisherige Positionen, Publikationen, Aberkennung von Ehrenmitgliedschaften und vergleichbare Aktivitäten auf Bundes- und Länderebene zu sichten und darzustellen.

Wir unterstützen das Anliegen unserer Bundesvorsitzenden ausdrücklich, den kommenden Kongress in Weimar mit seinen fachlichen Diskussionen auch zu dieser Thematik für einen Schritt in diesem Sinne zu nutzen.

Für den Landesvorstand Baden-Württemberg  
Winfried Monz, Pressereferent